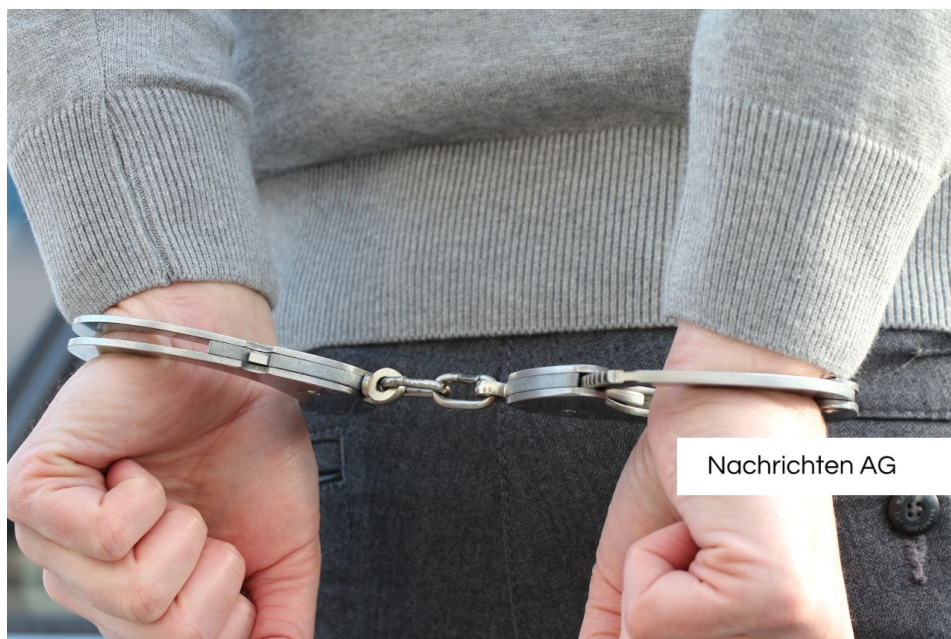


Aggressiver 70-Jähriger in Wien: Frau geschlagen, Polizei verletzt!

Ein 70-jähriger Mann in Wien wurde festgenommen, nachdem er eine Frau schlug und Polizisten verletzte. Maßnahmen zum Schutz vor häuslicher Gewalt wurden umgesetzt.



Wien, Österreich - Am 28. Mai 2025 kam es in Wien zu einem Vorfall häuslicher Gewalt, der die Polizei in Alarmbereitschaft versetzte. Eine Frau wandte sich an die Einsatzkräfte, um über eine Auseinandersetzung zu berichten. Als die Beamten in die gemeinsame Wohnung des mutmaßlichen Täters, einem 70-jährigen Österreicher, eintrafen, begegneten sie einem aggressiven Verhalten des Mannes. Aufgrund der Situation wurden sofort Maßnahmen ergriffen.

Die Polizei sprach ein Betretungs- und Annäherungsverbot sowie ein vorläufiges Waffenverbot gegen den Verdächtigen aus. Bei seiner Festnahme kam es zum Einsatz von Körperkraft. Laut

dem Polizeisprecher Markus Dittrich war dem Vorfall ein Streit zwischen den beiden vorausgegangen. Diese Maßnahmen sind Teil der bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen gegen häusliche Gewalt.

Gesetzliche Rahmenbedingungen für Opferschutz

Häusliche Gewalt umfasst in Österreich Gewalttaten zwischen Personen, die in einem gemeinsamen Haushalt leben oder enge Beziehungen zueinander haben, wie etwa Partner oder Eltern und Kinder. Um diesem Problem entgegenzuwirken, trat am 1. Mai 1997 das Gewaltschutzgesetz in Kraft, das für den Schutz von bedrohter Personen sorgt.

Die Polizei ist ermächtigt, im Rahmen dieses Gesetzes Gefährder für maximal zwei Wochen aus der Wohnung zu weisen. Darüber hinaus können Frauen und Männer einstweilige Verfügungen beim Gericht beantragen, um ihren Schutz zu verlängern. Bei einem Verstoß gegen diese Verbote drohen Geldstrafen von bis zu 2.500 Euro, und Polizei hat das Recht, Festnahmen vorzunehmen.

Entwicklungen im Gewaltschutz

Österreich zählt zu den Vorreitern in Europa, wenn es um den gesetzlichen Schutz vor häuslicher Gewalt geht. Seit Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes wurden zwischen 1997 und 2022 insgesamt 161.650 Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen. Diese Entwicklung zeigt das wachsende Bewusstsein und die Notwendigkeit für Opferschutz und Gewaltprävention.

Einige der wichtigsten Maßnahmen, die seitdem eingeführt oder aktualisiert wurden, sind unter anderem die Gewaltschutzzentren, die in jedem Bundesland eingerichtet sind. Diese bieten betroffenen Personen notwendige Unterstützung

wie Sicherheitspläne und Rechtsberatung. Zudem wurde seit 2021 auch eine verpflichtende Gewaltpräventionsberatung für gefährdende Personen eingeführt.

In den letzten Jahren gab es mehrere Reformen, die den Opferschutz weiter verbessert haben. Beispielsweise trat ab 1. Januar 2022 ein vorläufiges Waffenverbot automatisch mit dem Betretungs- und Annäherungsverbot in Kraft, was zusätzliche Sicherheit für die Betroffenen schafft. Ziel dieser kontinuierlichen Entwicklungen ist es, sowohl den Opferschutz zu stärken als auch Täterarbeit in der Gewaltprävention zu forcieren.

Der Vorfall in Wien unterstreicht einmal mehr die Bedeutung der gesetzlich geregelten Maßnahmen im Bereich des Gewaltschutzes und zeigt, dass auch im Jahr 2025 die Bekämpfung häuslicher Gewalt ein zentrales Thema für die Gesellschaft bleibt.

Details	
Vorfall	Körperverletzung
Ursache	Streit
Ort	Wien, Österreich
Verletzte	1
Festnahmen	1
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.bmfwf.gv.at • www.bmi.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at